

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/5799 –

Zur Lage in Osttimor

A. Problem

Hintergrund ist die Annexion Osttimors durch Indonesien vor mehr als 20 Jahren und schwerwiegende Einschränkungen der Menschenrechtslage der einheimischen katholischen Bevölkerung Osttimors. Für die Vereinten Nationen ist Osttimor bis heute von Portugal verwaltetes Territorium. Trotz der Entwicklungsmaßnahmen ist eine Beteiligung der Bevölkerung an einer Integration nicht gelungen. Von weiten Teilen wird die Forderung nach Entscheidung zwischen Selbstbestimmung und Fortsetzung der Integration aufrechterhalten.

B. Lösung

Einsatz der Bundesregierung gegenüber der indonesischen Regierung sowie im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union für eine Beendigung der Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung und die Freilassung politischer Gefangener und für den Respekt für Sprache und Kultur der Bevölkerung von Osttimor. Hinwirkung auf die Weiterführung der Verhandlungen zwischen Indonesien und Portugal unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sowie Ende der Militärhilfe und Lieferungen von Rüstungsgütern.

Ablehnung im Ausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktionen und der Gruppe der PDS.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Fortsetzung der bewährten Politik der Bundesregierung.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 13/5799 wird abgelehnt.

Bonn, den 4. Dezember 1996

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Vorsitzender

Andreas Krautscheid

Berichterstatter

Volker Neumann (Bramsche)

Berichterstatter

Gerd Poppe

Berichterstatter

Ulrich Irmer

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andreas Krautscheid, Volker Neumann (Bramsche), Gerd Poppe und Ulrich Irmer**I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 131. Sitzung am 17. Oktober 1996 den Antrag an den Auswärtigen Ausschuß federführend überwiesen.

II.

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat in seiner 51. Sitzung am 4. Dezember 1996 den Antrag auf Drucksache 13/5889 beraten und empfiehlt mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktionen und der Gruppe der PDS, den Antrag abzulehnen.

Die Koalitionsfraktionen begründeten ihre Ablehnung wie folgt: Der Antrag ist in wesentlichen Teilen überholt. Er bezieht sich auf eine Indonesien-Reise des Bundeskanzlers, die mittlerweile längst stattgefunden hat.

In diesem Zusammenhang begrüßt der Auswärtige Ausschuß die geplanten Gespräche der beiden No-

belpreisträger Bischof Belo und Ramos-Horta mit dem Bundeskanzler und der Präsidentin des Deutschen Bundestages. Er sieht diese Gespräche als weiteren Beleg für die Ernsthaftigkeit der Bemühungen von Bundesregierung und Bundestag, den Dialog über Menschenrechtsfragen in Indonesien mit allen Beteiligten zu pflegen. Darüber hinaus erwartet der Auswärtige Ausschuß in Übereinstimmung mit dem Gemeinsamen Standpunkt des EU-Ministerrats zu Osttimor vom 25. Juni 1996, daß die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eingeleiteten Gespräche zwischen Portugal und Indonesien über die seit mehr als 20 Jahren andauernde Besetzung der ehemals portugiesischen Kolonie Osttimor fortgesetzt werden, damit eine gerechte, umfassende und international annehmbare Lösung für Osttimor herbeigeführt wird. Dabei sollen die Interessen und legitimen Bestrebungen der Bevölkerung von Timor gemäß dem Völkerrecht gewahrt werden. Die antragstellenden Fraktionen hielten ihren Antrag – unter Verzicht auf Absatz II Ziffer 3 – aufrecht.

Bonn, den 4. Dezember 1996

Andreas Krautscheid

Berichterstatter

Volker Neumann (Bramsche)

Berichterstatter

Gerd Poppe

Berichterstatter

Ulrich Irmer

Berichterstatter